

# organisiert links

Zeitung der Organisierten Linken Heilbronn (OL) | [www.ol-hn.org](http://www.ol-hn.org)



**Blockupy: Eine starke Bewegung von unten**

| Seite 2

**Rechtspopulismus: Europa rückt nach rechts!**

| Seite 5

**1. Mai: Gestern wie heute, gemeinsam kämpfen!**

| Seite 3

**G7-Gipfel: Wo G7 anfängt, hört der Spaß auf**

| Seite 5-6

**Rojava: Eine Region im Aufbruch**

| Seite 3-4

**Termine: In Bewegung kommen**

| Seite 6

In Deutschland, einem der wohlhabendsten Länder der Welt, zeigen sich die negativen Auswirkungen des Kapitalismus jeden Tag. Entgegen der Behauptung, der Kapitalismus mehre den Wohlstand der breiten Masse der Bevölkerung, sehen wir tagtäglich, wessen Reichtum wächst und wessen Ordnung beschützt wird. Es ist nur eine kleine Klasse von Menschen, die von diesem Wirtschaftssystem profitiert – nämlich diejenigen, denen die Unternehmen und Konzerne gehören, die im gehobenen Management oder an den Schalthebeln der politischen Macht sitzen.

Für den Rest bedeutet es zunehmend, jeden Tag von Existenzängsten belastet zu werden. Stadtteile werden „aufgewertet“ und Menschen, die seit Jahrzehnten dort gewohnt haben, müssen plötzlich ihr Zuhause verlassen. Alleinerziehende Mütter leben trotz eines Vollzeitjobs an der Armutsgrenze.

Flüchtlinge, die vor Krieg und Elend fliehen, werden in Baracken gesteckt und Arbeiter\*innen werden von einer prekären Beschäftigung zur anderen gereicht ohne zu wissen, ob sie nach sechs Monaten wieder einen Job finden. So sieht für viele Menschen die Lebensrealität in einem der reichsten Länder der Welt aus - jeden Tag bekommen wir die kapitalistische Verwertungslogik am eigenen Leib zu spüren.

Schaut man nach Griechenland oder in andere südeuropäische Länder wie Spanien oder Portugal, zeichnet sich ein noch viel drastischeres Bild. Krankenhäuser werden geschlossen, Menschen können sich teilweise lebenswichtige Medikamente nicht mehr leisten, Renten werden gekürzt, Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei teils über 50 Prozent. Und wenn es nach Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationalem Währungsfond (IWF) geht, sollen weiter Sozialkürzungen betrieben werden.

Spätestens wenn wir die Lebensbedingungen der Menschen in den Textilfabriken in Bangladesch, auf den Zuckerrohrplantagen am Amazonas oder der Minenarbeiter in Südafrika betrachten wird klar: Der Kapitalismus ist ein System der Unterdrückung und der Ausbeutung. Nicht der Mensch steht an erster Stelle, sondern die Maximierung der Profite auf Kosten des Lebens und der Natur.

Warum also unterwerfen wir uns der kapitalistischen Verwertungslogik und dem täglichen Konkurrenzkampf? „Weil es keine Alternative dazu gibt!“ antworten die Verfechter der herrschenden Ordnung auf diese Frage. Doch es ist die Antwort derer, die keine Alternative kennen wollen.

Überall auf der Welt ringen Menschen um eine andere, eine menschliche und solidarische Gesellschaft.

In der Autonomieregion Rojava haben Kurdinnen und Kurden inmitten des syrischen Bürgerkriegs ihr Leben selbst in die Hand genommen und eigene Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut. Dort haben alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Religion oder Herkunft, eine gleichberechtigte Partizipationsmöglichkeit. Solche erfolgreichen Veränderungen machen Mut eigene Alternativen zu suchen und zu entwickeln und gleichzeitig auch die Verantwortung gegenüber den Menschen in den umkämpften Gebieten wahr zu nehmen.

Denn die Entscheidungen der deutschen Regierung haben Auswirkungen auf vielen Ebenen. So steht die Kurdische Arbeiterpar-



## Weil es eine Alternative gibt!

Für eine menschliche und solidarische Gesellschaft

tei PKK immer noch auf der Terrorliste der EU. Dadurch wird die Unterstützung der Kämpferinnen und Kämpfer in Rojava, welche sich gegen den Islamischen Staat (IS) verteidigen, zusätzlich erschwert und die kurdische Bevölkerung in Deutschland bereits seit 1993 mit massiver Repression überzogen.

Auf europäischer Ebene werden aktuell die Auswirkungen der strikten Haltung gegenüber der Regierung in Griechenland sichtbar. Während ein Großteil der griechischen Wähler\*innen in einer demokratischen Wahl ihrer Hoffnung auf Veränderung Ausdruck verliehen hat, wird ihr diese von nicht demokratisch legitimierten Strukturen wie der „Troika“ aus IWF, EZB und EU-Kommission verweigert. Dies geschieht unter anderem auch, um ein klares Signal an die Wähler\*innen in Ländern wie Spanien, Portugal und Italien zu senden – es soll keine Alternative zur Austeritätspolitik geben.

Die deutsche Regierung ist mit verantwortlich für die drastisch verschlechterten Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung in Südeuropa. Hierzulande erprobte Maßnahmen wie Hartz 4, die Ausweitung des Niedriglohnektors und die Privatisierung öffentlichen Eigentums werden im Zuge der „Rettungspakete“ anderen Ländern aufgedrückt und somit der Klassenkampf von oben gegen die Errungenschaften der Lohnabhängigen weiter ausgeweitet. Stück für Stück wird damit die neoliberale Umgestaltung in Europa weiter fortgeführt, ganz im Sinne der „Wettbewerbsfähigkeit“.

Im Rahmen der „Gruppe der Sieben“ (G7) prägt die deutsche Regierung diese Politik im Interesse des Kapitals bereits seit Jahrzehnten in weiten Teilen der Welt. Länder des globalen Südens werden ausgeblutet und instabil gehalten. Wirtschaftliche Interessen werden mit Militärinterventionen gesichert, Handelsabkommen auf Kosten der Menschen abgeschlossen. Flüchtlinge, die vor den Folgen

dieser Politik flüchten müssen, sterben entweder an den hochgerüsteten europäischen Außengrenzen oder werden wie Menschen zweiter Klasse in Lager gesteckt.

Hinter all diesen Maßnahmen und Entscheidungen stehen Profiteure, die ein starkes Interesse daran haben, dieses menschenfeindliche System der Ungleichheit aufrecht zu erhalten. Nicht, weil sie die raffgierigen „Drahtzieher“ einer Verschwörung sind, sondern weil sie innerhalb des kapitalistischen Systems mehr oder weniger zufällig auf der Seite der Macht stehen und ihrer Funktion gerecht werden müssen.

Doch es gibt eine Alternative zum Bestehenden. Auch wenn die Perspektive einer anderen Gesellschaft mühsam erkämpft werden muss – Risse im System sind bereits sichtbar.

In Solidarität mit den Bewegungen in anderen Ländern wollen wir gemeinsam auf die Straße gehen und den Widerstand gegen neoliberale Umstrukturierung und das autoritäre Austeritätsregime auch hier bei uns entwickeln. Durch die Auswirkungen des europäischen Krisenmanagements sind unsere Leben bereits untrennbar mit denen der Menschen in anderen Ländern verbunden. Es ist an der Zeit, diese Verknüpfung jetzt auch auf der Ebene des Widerstandes her zu stellen.

Wir erhöhen damit nicht nur den Druck auf die Herrschenden, die wollen, das alles bleibt wie es ist. Wir finden und erfinden uns dabei auch selbst – als handelnde Subjekte für eine andere Gesellschaft. Dabei können Aktive aus verschiedenen Bereichen zusammen kommen: Umweltaktivist\*innen, die verstanden haben, dass die systematische Vernichtung natürlicher Ressourcen nur gegen die Interessen des Kapitals zu stoppen ist. Refugees, die hier in unseren Städten gegen Sonderbehandlung und Kriminalisierung kämpfen, weil ihre Länder durch Krieg und Armut zerstört werden. Erwerbs-

lose, die sich nicht mehr mit ihrer Situation abfinden wollen. Antifaschist\*innen, die sich gegen rassistische Hetze und den Aufschwung rechtspopulistischer Parteien engagieren. Kriegsgegner\*innen, die wissen, dass es keinen Frieden ohne globale Gerechtigkeit geben kann. Linke Gewerkschafter\*innen, denen es um mehr geht als um etwas weniger miserable Arbeitsbedingungen und Sozialpartnerschaft. Sie, uns und viele andere Menschen eint die Erkenntnis, dass alles ganz anders werden kann, wenn wir zusammen handeln.

Große Ereignisse wie die von starken Protesten begleitete Eröffnung des neuen Hauptsitzes der EZB in Frankfurt oder das bevorstehende Gipfeltreffen der G7 im Schloss Elmau sind gute Gelegenheiten für die Entwicklung einer gemeinsamen Praxis und eine Vernetzung der Bewegungen. Auch der 1. Mai als traditioneller Kampftag der Lohnabhängigen bietet sich an, um die Forderung nach einer Perspektive jenseits des Kapitalismus auf die Straße zu tragen.

Dabei dürfen wir es aber nicht belassen. Große Protestevents sind nur ein Schritt von vielen notwendigen kleinen Schritten. Nur wenn wir fest verankerte, nachhaltige Strukturen schaffen, die sich lokal einmischen, können wir mit vielen Menschen den Weg für eine tiefgreifende Veränderung der Verhältnisse gehen. Wir müssen in unseren Stadtteilen, unseren Betrieben, unseren Vereinen, Zentren und Freundeskreisen anfangen, uns gegen unzumutbare Zustände zur Wehr zu setzen und eine Bewegung von unten aufzubauen. «

Zeitung der Organisierten Linken Heilbronn (OL)  
Frühjahr 2015



„Rainbowblock“ bei den Blockadeaktionen gegen die Eröffnung der EZB in Frankfurt am Main am 18.03.2015

## Eine starke solidarische Bewegung von unten

### Austeritätspolitik von oben...

Die herrschende Klasse in Europa nutzt die seit Jahren andauernde Wirtschafts-, Finanz- und Währungs Krise im Rahmen ihrer Austeritätspolitik für massive Angriffe auf die Rechte der arbeitenden Bevölkerung und eine rücksichtslose Spar- und Kürzungspolitik. Die riesigen Verluste, die wenige Banken gemacht haben, werden auf die europäische Bevölkerung abgewälzt. Unter dem Slogan „too big to fail“ erleben einige Banken und Großunternehmen eine auf dem Rücken der Menschen ausgetragene Komplettsanierung, eine riesige Umverteilung von unten nach oben.

Nahezu zahlungsunfähigen Staaten wie Spanien und Griechenland werden im Gegenzug für „Rettungsschirme“ von der sogenannten „Troika“ Maßnahmenpakete verordnet. Diese zerstören systematisch Sozialsysteme und soziale Errungenschaften. Öffentliches Eigentum wird verschleudert, Rentensysteme zerstört und Krankenhäuser geschlossen. Die Troika, undemokratisch zusammengesetzt aus „Europäischer Zentralbank“ (EZB), „Internationalem Währungsfonds“ (IWF) und „Europäischer Kommission“, übernimmt in den betroffenen Ländern faktisch die Regierung. Das kommt einem Generalangriff auf die demokratischen Rechte der Bevölkerung gleich.

All dies geschieht im Interesse der Profitmaximierung für wenige, im Namen von Standortvorteil und Konkurrenzfähigkeit auf den Märkten. Eine soziale Abwärtsspirale, vor allem in den Ländern Südeuropas, ist die Folge. Zukunftsängste, Perspektivlosigkeit und völlige Ohnmacht gegenüber dieser Politik prägen eine ganze Generation.

### ...erzeugt Widerstand von unten!

Doch so schnell sich die Austeritätspolitik ausbreitet, so schnell wächst auch der Widerstand dagegen. Eine Bewegung von unten wehrt sich vor allem in Südeuropa gegen die Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Plätze, Straßen und Stadtteile werden besetzt und von der Traurigkeit des kapitalistischen Alltags befreit. Gegen die Ellenbogengesellschaft und die Konkurrenz wird ein solidarischer Miteinander immer stärker und lauter gefordert. Verwertungslogiken und die bisherigen Eigentumsverhältnisse, der Besitz weniger gegen die Armut vieler, wird hinterfragt und immer mehr Menschen erkennen: Der Kapitalismus bietet nicht die Perspektive einer friedlichen und solidarischen Gesellschaft. Als Teil dieser widerständigen Bewegungen von unten trat im Jahr 2011 die „Occupy“-Bewegung auf den Plan, als Aktivist\*innen unter

dem Slogan „Occupy Wallstreet“ in den Bankenmetropolen der USA versuchten Akteure der Finanzkrise zu besetzen.

Auch in der BRD bildeten sich „Occupy“-Gruppen, die mit Platzbesetzungen, beispielsweise in Frankfurt am Main, auf sich aufmerksam machten. Im Jahr 2012 gegründete sich, in Anlehnung an die „Occupy“-Bewegung, das „Blockupy“-Bündnis, das sich zum Ziel setzte, den Protest gegen die europäische Krisenpolitik mit Aktionen zivilen Ungehorsams zu verbinden. Getragen wird das bestehende Bündnis von linken Organisationen wie der „Interventionistischen Linken“ (IL) und dem „ums Ganze“-Bündnis, der globalisierungskritischen Bewegung „Attac“, linken Parteien und Gewerkschaftsgliederungen und vielen weiteren Akteur\*innen. Verteilt über die ganze BRD gründeten sich in den vergangenen Jahren „Blockupy“-Plattformen.

Auch in Heilbronn fand sich 2014 ein Bündnis aus verschiedenen Gruppen zusammen. Erklärter Anspruch war es einerseits zu schauen, „wo der Kapitalismus mit seinen ständigen Krisen lokal seine Spuren hinterlässt“ und andererseits den Widerstand gegen die herrschende Politik und den gemeinsamen Kampf für eine solidarische Gesellschaft lokal zu verankern.

Im Rahmen der europaweiten Aktionswoche „May of solidarity“ im Jahr 2014, thematisierten mehrere Aktionen und eine Vortragsveranstaltung die brutale Verwertungslogik der Textilindustrie, deren Opfer und Profiteure. Auch den Besuch des damaligen EU-Kommissars für Energie Günter Oettinger in Heilbronn begleiteten Aktivist\*innen auf Grund seiner exponierten Rolle als EU-Kommissar mit Protest. Beendet wurde die überregionale Aktionswoche mit Großdemonstrationen in mehreren Städten.

### Gemeinsamer Kampf...

Erklärter Höhepunkt von drei Jahren „Blockupy“ waren dann die Proteste gegen die feierliche Eröffnung des Neubaus der „Europäischen Zentralbank“ (EZB) am 18. März 2015. Ursprünglich für Herbst 2014 geplant, konnte das 1,3 Milliarden teure und 185 Meter hohe Machtsymbol auf Grund von Bauverzögerungen erst im Frühjahr 2015 in Betrieb genommen werden. Die großen Feierlichkeiten blieben allerdings aus. Schon im Vorfeld wurde die Veranstaltung, auch durch die durch das „Blockupy“-Bündnis angekündigten Proteste, massiv verkleinert. Die Eröffnungszereemonie

unter der Leitung von EZB-Präsident Mario Draghi mit weniger als 100 offiziell geladenen Gästen und handverlesener Presse geriet an diesem Tag ins Hinterzimmer. Schon am frühen Mittwochmorgen umzingelten und blockierten an die 6000 Aktivist\*innen, darunter rund 1000 aus dem europäischen Ausland, den EZB-Turm, besetzten Straßen und Plätze und legten zeitweilig den kapitalistischen Alltag der Metropole Frankfurt am Main still.

Mit einem gewaltigen Aufgebot von fast 10000 Einsatzkräften, NATO-Stacheldraht, Räumpanzern und 28 Wasserwerfern bewachte die Polizei das EZB-Gelände, hüllte Straßen und Plätze im Laufe des Vormittags in einen beißenden Nebel aus Tränengas und ließ insgesamt keine Zweifel daran aufkommen, wessen Interessen sie vertritt.

Während geschützt und von der Außenwelt abgeschottet im Inneren der EZB gefeiert wurde, entlud sich draußen die Wut der Betroffenen der Austeritäts- und Sparpolitik. Nicht alle Aktionen lagen an diesem Morgen innerhalb des vereinbarten und angekündigten Aktionskonsens und teilweise kam es zu Aktionen, die kritisiert werden müssen und der internen Aufarbeitung bedürfen. Eines ist jedoch klar:

*„Ihr seid die wahren Vandalen. Ihr zündet keine Autos an, ihr setzt die Welt in Brand.“ Naomi Klein*

Diese Wut ist ein Produkt der gewaltförmigen Verhältnisse, die immer mehr Menschen ihrer elementaren Rechte und ihrer sozialen Perspektiven berauben oder um es anders auszudrücken: Wer Verarmung, Unterdrückung und den Angriff auf soziale Rechte zu seiner politischen Agenda macht, muss auch mit sozialen Unruhen rechnen.

Es entstanden Bilder von brennenden Streifenwagen und Barrikaden, die in Deutschland seit längerem nicht mehr zu sehen waren, in anderen europäischen Ländern aber schon fast Normalität geworden sind. So war die Wahrnehmung in den Teilen Europas, die am meisten unter der Austeritätspolitik leiden, von viel größerem Verständnis geprägt als in Deutschland.

Was bleibt, ist der Erfolg, dass an einem Wochentag Tausende ihren Protest gegen die brutale Politik, deren Symbol der EZB-Neubau ist, praktisch werden ließen. Am 18. März 2015 gehörte die Aufmerksamkeit nicht den Verfechter\*innen der organisierten Traurigkeit des Kapitalismus, sondern dem Widerstand gegen ihre Politik.

### ...für ein solidarisches Europa von unten!

Auf die Aktionen zivilen Ungehorsams am Morgen folgte am Mittag eine Großkundgebung mit mehreren Redebeiträgen und Kulturprogramm. Die kanadische Globalisierungskritikerin und Buchautorin Naomi Klein ordnete in ihrer Rede die Ereignisse des Morgens und die beginnende mediale Empörung treffend ein: „Ihr seid die wahren Vandalen. Ihr zündet keine Autos an, ihr setzt die Welt in Brand“. Vertreter\*innen sozialer Bewegungen und politischer Parteien aus Spanien, Griechenland und Italien berichteten von ihren Erfahrungen im Kampf gegen die zerstörerische Politik der europäischen Institutionen. Im Anschluss setzten an die 25.000 Menschen am frühen Abend mit einer solidarischen und kraftvollen Demonstration ein starkes Zeichen und zeigten: Der Widerstand ist auch im Zentrum des europäischen Imperialismus angekommen.

In den kommenden Monaten gilt es nun, die Vernetzung der Kämpfe gegen die Angriffe der Herrschenden auf unsere Lebensbedingungen weiter voranzubringen. Die linke griechische Regierung und die sozialen Bewegungen im Süden Europas sind angewiesen auf eine kämpfende Linke in den Zentren des kapitalistischen Europas. Im gemeinsamen, internationalen Kampf von Aktivistinnen aus sozialen Bewegungen, Migrant\*innen, Erwerbslosen, prekären und industriellen Arbeiterinnen, Parteimitgliedern und Gewerkschaftern und vielen mehr aus vielen europäischen Ländern, einig in ihrer Vielfalt, besteht die Chance, die Macht der Austeritätspolitik zu überwinden. Gemeinsam können wir damit beginnen Demokratie und Solidarität von unten aufzubauen und einen europäischen Frühling zu wagen. «

### Die Situation in Griechenland

Anfang des Jahres wählte die griechische Bevölkerung eine neue Regierung. Mit Abstand stärkste Partei bei den Wahlen wurde die „Koalition der radikalen Linken“ (SYRIZA). Die Partei ging aus den immer stärker werdenden sozialen und linken Bewegungen in Griechenland hervor. Unter anderem waren die unzähligen Angriffe auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung Grund für diese Bewegungen. Angetreten war die linke Partei mit dem Versprechen, der Austeritätspolitik mit ihren katastrophalen Folgen ein Ende zu bereiten und mit einem nachhaltigen Wiederaufbau der griechischen Volkswirtschaft zu beginnen. SYRIZA bildete eine Regierung mit dem einzigen Koalitionspartner, mit dem eine Abkehr vom Diktat der Troika möglich erschien, der rechtspopulistischen ANEL-Partei. Kaum eine Woche vergeht seitdem, in der nicht die deutschen Medien voll sind von Empörung und Hetze gegenüber der griechischen Regierung und persönlichen Angriffen auf deren exponierteste Akteure, den Ministerpräsidenten Alexis Tsipras und den Finanzminister Yanis Varoufakis. Derweil wird der Fall Griechenland zum Offenbarungseid für den undemokratischen und gegen die einfache Bevölkerung gerichteten Charakter der europäischen Institutionen. Ohne jeglichen Respekt vor der Entscheidung der griechischen Wählerinnen und Wähler sollen deren gewählte Vertreter\*innen mit politischen und finanziellen Mitteln dazu gezwungen werden, einen Kurs zu akzeptieren, der das Land wirtschaftlich ausblutet und Millionen in Armut und Elend stürzt. All das, um die Profitinteressen insbesondere des deutschen Kapitals zu befriedigen. Die europäischen Eliten fordern insbesondere von SYRIZA die bedingungslose politische Kapitulation. So wurde Tsipras Anfang April mit beispielloser Arroganz nahegelegt, sich von der „Linken Plattform“ innerhalb seiner Partei zu trennen und eine neue Koalition mit „europafreundlichen“ Kräften einzugehen. Die völlige Unterwerfung der griechischen Linken durch die Herrschenden in Europa, kann nur eine starke transnationale, europäische Bewegung von unten gegen das Austeritätsregime von oben verhindern. Besonders die deutsche Linke ist zur kritischen Solidarität mit SYRIZA und der gesamten griechischen Linken aufgerufen.

# 1. Mai: Gestern wie heute, gemeinsam kämpfen!

„Ein lebendiges, historisches Stück des internationalen proletarischen Klassenkampfes“

Überall auf der Welt gehen Menschen am 1. Mai auf die Straße und demonstrieren am traditionellen Kampftag der Arbeiter\*innenklasse für ihre Rechte als Arbeiterinnen und Arbeiter, aber auch für eine solidarische, klassenlose Gesellschaft.

In Deutschland ist die ehemals klassenkämpferische Tradition dieses Tages kaum noch erkennbar. Für die meisten Menschen ist der 1. Mai ein Feiertag zum Radfahren und Grillen. Während auf den Demonstrationen der Gewerkschaften Forderungen des DGB im Rahmen einer Sozialpartnerschaft im Vordergrund stehen, liegt der Ursprung des Feiertags in den Klassenkämpfen des 19. Jahrhunderts.

In Folge der rasanten Industrialisierung nahm damals die Zahl der Lohnarbeiter\*innen stark zu, die durch 14-Stunden-Tage ohne jede soziale Absicherung zu Tode geschunden und bei Streiks und Demonstrationen gegen ihre Ausbeutung mit Repression von Seiten des bürgerlichen Staates überzogen wurden. So auch am 1. Mai 1886, als in Chicago ein Streik amerikanischer Arbeiter\*innen für den 8-Stunden-Tag auf dem Haymarket gewaltsam niedergeschlagen wurde. Um diese Geschehnisse aufzugreifen beschloss die II. Internationale 1889 in Paris "eine große internationale Manifestation" für die Erkämpfung des 8-Stunden-Tages, um die internationale proletarische Solidarität zu organisieren. Zu dieser Zeit versuchte die herrschende Klasse in Deutschland durch „Zuckerbrot und Peitsche“, durch Sozial- und Krankenversicherung bei gleichzeitigem Verbot aller sozialdemokratischer und sozialistischer Vereine, die starke Arbeiter\*innenbewegung in Deutschland zu zerschlagen. Im folgenden Jahr legten 200.000 Arbeiter\*innen trotz massiver Repression die Arbeit nieder, um den ersten „Weltfeiertag der Arbeit“ zu begehen. Auf dem

Arbeiter\*innenkongress 1891 wurde schließlich beschlossen, den 1. Mai von nun an jährlich als „Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeiten ihrer Forderungen und Solidarität bekunden sollen“, zu begehen. Seitdem zeigt sich der Klassenkampf auch in den Bestrebungen der Herrschenden, Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai durch Verbote, Entlassungen, Aussperungen und Waffengewalt zu verhindern.

Während des deutschen Faschismus zerschlugen die Nazis die Parteien, Gewerkschaften und Organisationen der Arbeiter\*innenbewegung. Der linke, internationale Tag der Solidarität unter der arbeitenden Bevölkerung wurde seiner ursprünglichen Bedeutung beraubt und als „Tag der nationalen Arbeit“ von den Faschisten instrumentalisiert.

Über 100 Jahre nach den Ereignissen in Chicago hat der Kampftag der Arbeiter\*innenklasse noch immer eine große internationale Bedeutung. All jene gehen auf die Straße, die gemeinsam dafür eintreten die Gesellschaft im Sinne der Solidarität zu verändern. Auch wenn linke und soziale Bewegungen in Deutschland schwach sind, zeigt ein Blick in andere Länder, dass Alternativen zu Neoliberalismus und Kapitalismus möglich sind.

Als Konsequenz der durch die Troika verordneten Austeritätspolitik und den daraus folgenden massiven Einschnitten im Sozial- und Gesundheitssystem wurde bei den Wahlen in Griechenland die linke Partei „Syriza“ zur stärksten Kraft im Parlament. Ohne eine breite Verankerung der Partei in der Bevölkerung und eine starke Bewegung auf der Straße, die sich gegen die Spardiktate der Troika wendet, wäre dieser Wahlerfolg Syrizas nicht möglich gewesen. Die Chancen auf eine andere Politik Griechenlands im Würgegriff der Troika sind

zwar gering, doch genau deshalb müssen wir den Druck auf die Profiteure und Akteurinnen der Austeritätspolitik, die Gläubiger und Unternehmer in Deutschland und anderen EU-Ländern erhöhen. Denn glaubt man den Meinungsumfragen, könnte es auch in Spanien im Herbst zu einem Wahlsieg der Partei „Podemos“ kommen, die seit Jahren den Widerstand gegen die Sparprogramme und den Sozialabbau organisiert.

Mut machen auch die Entwicklungen in vielen Staaten Lateinamerikas, wo linke Regierungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador und Kuba Alternativen zur neoliberalen imperialistischen Politik des Westens entwickeln und in den letzten Jahren starke soziale Bewegungen entstanden sind, die für ein Leben in Würde, soziale Rechte und alternative Wirtschaftsformen kämpfen. Ähnliche Forderungen erhoben auch Textilarbeiter\*innen in Bangladesch und Kambodscha, die mit Streiks und Protestcamps Anfang Januar 2014 die Verdoppelung des Mindestlohnes forderten.

Am 1. Mai greifen wir diese Ereignisse auf und gehen für die Veränderung der herrschenden Verhältnisse auf die Straße! Mit dem antikapitalistischen Block, der sich seit 2012 an der Gewerkschaftsdemonstration in Heilbronn

- Rosa Luxemburg

beteiligt, möchten wir diese Positionen auch vor Ort präsent machen, welche hier und in anderen Teilen der Welt auf unterschiedliche Weise ihren Ausdruck finden.

Ob riesige Demonstrationen in Madrid, Streiks von Busfahrer\*innen in Griechenland, Widerstand gegen Angriffe der Polizei in Istanbul oder Feste der arbeitenden Bevölkerung - Gemeinsam ist allen das Streben nach einer Veränderung der Verhältnisse hin zu einer solidarischen Gesellschaft. Am 1. Mai führen wir unsere Kämpfe zusammen: Gegen die Prekarisierung unserer Lebensbedingungen und den Abbau unserer Rechte als Arbeiter\*innen, gegen Krieg und Militarismus, gegen Faschismus und reaktionäres Gedankengut. Für eine solidarische Welt, in der alle Menschen am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben. Der Klassenkampf von oben ist durch Deregulierung des Arbeitsmarktes und Angriffe auf das Streikrecht schon längst in Gange. Es ist an uns den Klassenkampf von unten zu führen. Nur durch unsere alltäglichen Kämpfe in Betrieben, Schulen, Hochschulen und auf der Straße, sowie internationale Vernetzung können wir eine Alternative zum globalen Kapitalismus aufbauen! «

## Krise...

Glaubt man neoliberalen „Wirtschaftsexperten“, entstehen Krisen entweder durch menschliches Versagen, durch Raffgier und Habsucht, durch Spekulanten, die den Hals nicht voll kriegen können, durch institutionelle Fehler oder Schattenbanken. Ein Versagen der Politik oder kulturelle Ursachen werden als Krisenerklärungen herangezogen, wie man uns mit der Mähr von den „faulen Griechen“ weismachen will. Dagegen spricht, dass Krisen in der Geschichte des Kapitalismus nichts neues sind – sie treten in regelmäßigen Abständen, auf allen Teilen der Erde, auf und sind mal mehr und mal weniger verheerend. In der Krise zeigen sich die Widersprüche des Kapitalismus am deutlichsten. Armut und Reichtum, Eigentum und Besitzlosigkeit, Lohnarbeit und Kapital, Schulden und Vermögen sind jeweils zwei Seiten einer Medaille. Diese Widersprüche sind Ursache und Ergebnis der Krise, sie bedingen sich gegenseitig.

## ...und kein Ende in Sicht?

Immobilienkrise, Bankenkrise, Staatsschuldenkrise – es scheint kein Ende in Sicht. Entgegen der Behauptungen bürgerlicher Ökonomen können diese Krisen nicht unabhängig voneinander betrachtet werden, da Wirtschaft und Staat eng verflochten sind. Auch die soziale Krise, die durch die Austeritätspolitik in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland entstand, ist Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Denn letztlich sind es nicht einzelne Wirtschaftszweige die „kriseln“, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem, das durch seine inneren Widersprüche, die gesellschaftliche Produktion bei privater Aneignung des Reichtums, nicht auf Dauer bestehen kann. Denn es herrscht nicht bei allen Krise. Jedem Schuldentitel Griechenlands steht ein Vermögen gegenüber und jede Zwangsprivatisierung hat einen Käufer. Die herrschende Klasse, Banken, Investoren, Unternehmer\*innen, Versicherungen, Kapitalisten, Politiker\*innen profitieren von der Verschuldung und dem Ausverkauf der Länder Europas. Die strukturelle Verarmung der Bevölkerung schafft den Reichtum der Herrschenden.



Antikapitalistischer Block auf der 1. Mai-Demonstration des DGB in Heilbronn 2014

## Rojava - eine Region im Aufbruch

**Mit dem Sieg der Verteidiger\*innen von Kobanê über den Islamischen Staat (IS) ist dessen Unbesiegbareitsmythos gebrochen und die Karten im Nahen Osten werden neu gemischt. Die selbstverwalteten Strukturen Rojavas bestehen weiterhin, kämpfen gegen den IS und zeigen eine gerechtere und demokratischere Gesellschaftsform in Mitten autoritärer Regime und imperialistischer Interessen auf. Doch was geschieht in den selbstverwalteten Gebieten Rojavas? Wie sind diese aufgebaut? Welche Rolle spielt der IS und die westlichen Staaten in der Region? Welche Politik verfolgt die BRD im Nordirak und bei der Unterdrückung der kurdischen Bewegung in Deutschland? Und nicht zuletzt: Wie können wir vor Ort internationale Solidarität organisieren und Rojava unterstützen?**

### Die Autonomieregion Westkurdistan - Rojava

Vor dreieinhalb Jahren entstand im Norden Syriens im Zuge des „arabischen Frühlings“ eine rätendemokratisch verwaltete Autonomieregion – Rojava, zu deutsch „Westkurdistan“, besteht aus den drei Kantonen Afrin, Kobanê und Cizire, deren Räte sich im Volksrat Westkurdistans koordinieren. In diesem werden allen politischen Parteien die gleiche Zahl an Sitzen auf den jeweiligen Räte-Ebenen gegeben. Im Parlament sind alle ethnischen und religiösen Gruppen, von Kurdinnen, Assyriern, Araberinnen über Aleviten, Christen und Schiitinnen vertreten. Die von den Bewohner\*innen selbst als dritter Weg bezeichnete Strategie der Einheit gibt den dort lebenden Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit, ihre eigene

Identität und Sprache zu wahren und dennoch für eine gemeinsame politische Idee – die rätendemokratische Selbstverwaltung nach dem Prinzip des demokratischen Konföderalismus – einzustehen. Kommunen aus 30 bis 150 Haushalten organisieren das Leben in den Stadtvierteln und Gemeinden und durch den Aufbau von Kooperativen in mehreren Wirtschaftsbereichen entwickelt sich langsam eine Alternative zur kapitalistischen Wirtschaft. Die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung an politischen Entscheidungen sind enorm gewachsen und trotz einzelner Kritikpunkte am Projekt Rojava strahlt es weit über die Kantone hinaus. Da sich die Autonomieregion nicht am syrischen Bürgerkrieg beteiligte und sich im Gegenzug das Assad-Regime aus den Entwicklungen in Rojava heraus hielt, konnten

sich die Selbstverwaltungsstrukturen relativ unbehelligt entwickeln. Aber auch in anderen Teilen Syriens wurde im Zuge der syrischen Revolution die Zivilgesellschaft gestärkt und es entstanden lokale Komitees und andere Selbstverwaltungsstrukturen, die allerdings von Anfang an unter Angriffen des Assad-Regimes und neuerdings der IS-Milizen leiden.

### Befreiung der Frau

Herausragend ist die Rolle der Frau als Voreiterin der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft, die die weitgehende Gleichstellung der Geschlechter in Rojava durchsetzte. Frauen sind mit mindestens 40 Prozent in allen Verwaltungsgremien vertreten und organisieren sich in allen gesellschaftlichen Bereichen selbst. Im politischen, wissenschaftlichen, erzieherischen und militärischen Bereich kämpfen Frauen für ihre Rechte und erringen Erfolge. Die Geschlechterfrage dominiert immer mehr gesellschaftliche Bereiche. So wurden beispielsweise Gesetze zur Stärkung der Frauenrechte erlassen, die die Eheschließung unter 18 Jahren verbieten und das Erbrecht für Frauen sowie die Zeugengleichheit vor Gericht durchsetzen. Mit den Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) und der Sicherheitspolizei spielen Frauen auch in der Verteidigung

der drei Kantone eine wichtige Rolle. Diese Entwicklungen kamen nicht über Nacht, sondern sind Erfolge der kurdischen Bewegung und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), in der sich seit Jahren eigene Fraueneinheiten organisieren und die Befreiung der Frau aus patriarchalen Verhältnissen einen zentralen Bezugspunkt darstellt. Nicht zuletzt aufgrund des Rufes Rojavas als „Frauenrevolution“ und der Verwirklichung vieler Frauenrechte kämpft der IS erbittert gegen dieses Gesellschaftssystem und die Frauen, die dieses verteidigen. Die Verteidigerinnen der YPJ sind den Aggressionen des IS daher besonders ausgesetzt. Sie wurden für „vogelfrei“ erklärt, werden verschleppt, vergewaltigt und als Sexsklavinnen verkauft. Sexualisierte Gewalt wird explizit als Kriegsmittel eingesetzt, weshalb Reporter\*innen auch von einem „Feminizid“ sprechen.

### Internationale Solidarität aufbauen!

Größere internationale Aufmerksamkeit bekam dieser fortschrittliche Aufbruch in Mitten des Bürgerkrieges erst durch die Angriffe des IS auf die Autonomieregion, die Massaker an Kurd\*innen und Jezid\*innen im Sindschar-Gebirge und insbesondere die Stadt Kobanê an der syrisch-türkischen Grenze, die viereinhalb Monate lang schwer umkämpft



Die Frauenverteidigungskräfte YPJ im Einsatz

war. Zahlreiche Zeitungen und Nachrichtenmagazine berichteten wochenlang über die Angriffe des IS und die Verteidigung der Stadt durch die Volksverteidigungseinheiten (YPG) und Frauenverteidigungseinheiten (YPJ), Einheiten der Freien Syrischen Armee (FSA) und Peshmerga, die aus der kurdischen Autonomieregion Nordirak zu Hilfe kamen. Obwohl die mediale Aufmerksamkeit gegen Ende der Belagerung durch den IS deutlich zurück ging, hat sie Spuren hinterlassen: Weltweit entstanden Solidaritätsbewegungen und auch in Deutschland war ein „Revival des Internationalismus“ zu spüren. Linke Gruppen organisierten Solidaritätskampagnen wie „Waffen für Rojava“ und „Solidarität mit Rojava“, es wurden insgesamt über 180.000 Euro gesammelt, um die kurdische Autonomieregion zu unterstützen und am 1. November 2014, dem „Internationalen Aktionstag für die Solidarität mit Kobanê“ waren Hunderttausende auf der Straße, um sich mit den Verteidiger\*innen Rojawas und den dortigen Errungenschaften zu solidarisieren. Auch in der Region Heilbronn gab es Solidaritätsdemonstrationen und Kundgebungen. Am 10. Oktober 2014 nahmen 500 Menschen an der Kundgebung unter dem Motto „Solidarität mit Kobanê“ teil, welche mit einer Demonstration durch die Innenstadt endete. Zwei Wochen nach der überregionalen Demonstration am 1. November 2014 in Stuttgart demonstrierten erneut ca. 400 Menschen durch Heilbronn, um sich mit der umkämpften Stadt Kobanê zu solidarisieren und die Aufhebung des seit 1993 bestehenden Verbots der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu fordern.

An diese Erfahrungen und Erfolge müssen wir anknüpfen und uns vernetzen, um eine breite internationalistische Bewegung zu schaffen, die fortschrittliche Gesellschaftsentwürfe finanziell und personell unterstützt, durch Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit in Debatten eingreift und gegen Kriegsakteure vor Ort aktiv ist. Unsere Solidarität muss allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften in der kurdischen Autonomieregion und darüber hinaus in Syrien, Irak, Iran und der Türkei gelten. Wir müssen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass es Alternativen zu autoritären Regimen, Krieg und imperialistischen Herrschaftsansprüchen des Westens gibt, die am deutlichsten in den Selbstverwaltungsstrukturen Rojawas ihren Ausdruck finden.

### Imperialismus...

Denn imperialistische Interessen westlicher Staaten ziehen sich durch den Bürgerkrieg in Syrien, den Konflikt um Rojava und die Entstehung des IS. So unterstützten die NATO-Staaten unmittelbar nach dem arabischen Frühling regierungsfeindliche syrische Milizen der Freien Syrischen Armee (FSA) durch Waffenlieferungen, um einen Sturz des Assad-Regimes herbeizuführen. Dabei wurden auch dschihadistische Gruppen unterstützt, während demokratisch-fortschrittliche Kräfte von internationalen Verhandlungen und Unterstützung ausgeschlossen wurden.

Der Boden für die Entstehung des IS wurde während der US-Intervention ab 2003 im Irak gelegt. Die Unterdrückung der sunnitischen Bevölkerung durch die vom Westen eingesetzte schiitische Regierung des Irak provozierte Aufstände in sunnitisch geprägten Regionen, auf deren Grundlage die Vorgängerorgani-

sation des IS Fuß fassen konnte. Seit 2006 begannen die USA und die Golfmonarchien damit, Gruppen sunnitischer Extremisten im Irak auszubilden, um den „schiitischen Bogen“ von Iran, Syrien und libanesischer Hisbollah zu schwächen. In Syrien etablierte sich der IS in den letzten Jahren als radikalere Konkurrenz zum Al-Quaida- Ableger Jabhat al-Nusra, aus dessen Reihen sich nach einer Spaltung der Organisation viele Kämpfer dem IS anschlossen. Erste Angriffe des IS richteten sich gegen die schiitische Regierung des Irak und gegen die FSA in Syrien, weshalb sich das Assad-Regime im Kampf gegen den IS zurückhielt. Durch den Rückzug der syrischen Regierungstruppen entstand in Teilen Syriens ein Machtvakuum, welches vom finanzstarken IS gefüllt wurde.

Die Bombardements der USA gegen IS-Stellungen wurden auch von kurdischen Kämpfer\*innen willkommen geheißen, um dem hoch gerüsteten IS entgegenzutreten zu können. Dennoch müssen sie vor ihrem geostrategischen Hintergrund betrachtet werden. Denn jahrelang wurde der IS als Teil der gegen das Assad-Regime gerichteten Allianz wenn überhaupt nur verbal verurteilt, aber faktisch weiterhin unterstützt. Erst mit den Vorstößen in Richtung der irakischen Öl- und Gasfelder wurde der IS zum Problem des Westens. Nutznießer der veränderten politischen Lage im Irak und Syrien ist hauptsächlich die kurdische Autonomieregion im Nordirak, in denen sich die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) die Macht teilen. Diese konnten ihr Gebiet aufgrund des Rückzugs der irakischen Armee ausweiten und die größten irakischen Ölfelder nahe Kirkuk unter ihre Kontrolle bringen. Ein Teil dieser Gebiete war schon 2003 unter Kontrolle der kurdischen Autonomieregion, die diese zusammen mit den US-Interventionstruppen erobert hatten. Förderungskonzessionen wurden unter anderem an die US-Öl-Multis Exxon-Mobile und Chevron vergeben. Aber auch Abseits der Intervention durch Bombardements sind die USA dabei, ihren Einfluss im Irak und der kurdischen Autonomieregion auszubauen, um eine Annäherung des Irak an den Iran zu verhindern. So wurde die Zahl der US-Truppen im Irak erhöht, drei neue Militärbasen im Nordirak sind in Planung. Vor diesem Hintergrund betrachtet sind US-Einsätze keine „humanitären“ Interventionen gegen den IS, sondern vor allem von wirtschaftlichen Interessen geleitete imperialistische Politik.

Auch in Deutschland wurden Stimmen laut, sich an der Intervention zu beteiligen. Durch Waffenlieferungen in ein Krisengebiet an einen im Kampf stehenden nichtstaatlichen Akteur – die irakisch-kurdischen Peshmerga im Nordirak – griff die BRD am Parlament vorbei in einen bewaffneten Konflikt ein und brach damit gleich drei Tabus deutscher Außenpolitik. Die Waffenlieferungen wurden durch ein Ausbildungsprogramm für Soldaten der Peshmerga ergänzt. Von Anfang an wurde klar gestellt, dass der Krieg gegen den IS eine jahrelange Angelegenheit werden würde, was Planungen für militärische Ausbildungszentren in der Region Nordirak und Irak unterstreichen. Daher liegt es nahe, dass es bei diesen Interventionen nicht um die Zerschlagung des IS geht, sondern auch darum, über Jahre hinweg die Vormachtstellung des Westens in der Region

zu sichern. Welche Konsequenzen sich aus dem Tabubruch der Waffenlieferungen in Zukunft ergeben, bleibt abzuwarten.

Doch auch innerhalb der NATO-Staaten zeigen sich Widersprüche. So erklärte der US-Vizepräsident Joe Biden, dass das größte Problem in der Region ihre eigenen Verbündeten, u.a. die Türkei, seien. Denn diese ließ über Monate hinweg Kämpfer und Waffen für den IS die Grenze nach Syrien passieren, IS-Kämpfer in türkischen Krankenhäusern behandeln und sah darüber hinweg, dass Öl zur Finanzierung der Dschihadisten von Syrien über die türkische Grenze geschmuggelt wurde. Währenddessen war die Grenze für Hilfsgüter und Kämpfer\*innen etc. für die kurdischen Gebiete von Anfang an geschlossen. Die PKK wirft der Türkei daher eine direkte Zusammenarbeit mit dem IS vor, was - zusammen mit der erneut aufflammenden Repression gegen die kurdische Solidaritätsbewegung mit Rojava in der Türkei - das Ende der Friedensverhandlungen zwischen der PKK und der Türkei bedeuten könnte.

### ... und staatliche Repression!

Seit dem Betätigungsverbot für die Arbeiter\*innenpartei Kurdistans (PKK) und die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) 1993, welches durch das Bundesinnenministerium verhängt wurde, sieht sich die kurdische Bewegung auch in der BRD kontinuierlich mit staatlicher Repression konfrontiert. Unzählige Verbote kurdischer Vereine und Verfahren nach den Terrorparagrafen 129 a und b wurden eingeleitet und die gesamte kurdische Kultur und Politik kriminalisiert. Die Aktivitäten der kurdischen Bewegung richteten sich damals gegen die Waffenlieferungen Deutschlands an die Türkei, die einen Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bewegung führte. Seither hat sich weder an den Waffenexporten der deutschen Regierung und der engen militärischen Kooperation mit der Türkei, noch an der Repression gegen die kurdische Bewegung seitens der Türkei und Deutschlands etwas verändert. Dies zeigte sich bei den Solidaritätsaktionen im vergangenen Jahr, bei denen bundesweit mehrere Verfahren wegen des Zeigens der PKK-Fahne eröffnet wurden, oder bei der Festnahme eines mutmaßlichen PKK-Mitglieds in Villingen-Schwenningen im Februar 2015. Auch das Kurdische Gemeinschaftszentrum Heilbronn ist mit Hausdurchsuchungen, Strafverfahren, Vorladungen durch den Inlandsgeheimdienst, „Verfassungsschutz“ und Androhungen von Abschiebungen,

welche Kurd\*innen der Verfolgung durch den türkischen Staat ausliefern würden, konfrontiert. Demonstrationen werden durch völlig überzogene Auflagen gegängelt oder, wie im Jahr 2010, gewaltsam aufgelöst.

Dabei ist eine Aufhebung des Betätigungsverbots für die PKK und deren Streichung von der EU-Terrorliste längst überfällig. Seit Jahren führt die PKK Friedensverhandlungen mit der Türkei und ist ihren Verpflichtungen nachgekommen, während die Türkei untätig bleibt. Sowohl die Entwicklung der kurdischen Befreiungsbewegung, als auch die wichtige Rolle der PKK bei der Bekämpfung des IS machen eine Aufhebung des PKK-Verbots unbedingt nötig. Statt darauf einzugehen, versucht die Bundesregierung „gute“ und „böse“ Kurd\*innen zu unterscheiden, indem die Peshmerga im Nordirak militärisch unterstützt und PKK-Anhänger\*innen verfolgt werden. Dabei kämpfen Peshmerga und PKK trotz ideologischer Unterschiede gemeinsam gegen den IS. Und auch im Bezug auf den IS wird mit zweierlei Maß gemessen: Während die PKK weiterhin auf der EU-Terrorliste steht, fehlt vom IS dort jede Spur.

### Kämpfe vereinen!

Die Entstehung des IS und der Kampf gegen diesen verdeutlichen die Prinzipien der westlich-imperialistischen Politik. Durch „teile und herrsche“ wurde der „Terror“, gegen den die westlichen Staaten vorzugehen vorgeben, selbst geschaffen, indem Gesellschaften anhand ethnisch-kultureller Kriterien gespalten und Konflikte geschürt wurden. Die von den Kolonisatoren vor vielen Jahren gezogenen nationalstaatlichen Grenzen befinden sich in der Auflösung und unterschiedliche Milizen sind auf dem Vormarsch. Durch die Stilisierung des IS als „Inbegriff des Bösen“, wurde das Klima für ein direktes militärisches Eingreifen des Westens geschaffen - obwohl andere Milizen und die irakische Regierung der Brutalität der IS in wenig nach stehen.

Dennoch entstanden in Rojava fortschrittliche Gesellschaftsstrukturen, die auf Basisdemokratie, Selbstverwaltung, Gleichheit der ethnischen und religiösen Gruppen und der Befreiung der Frau fußen und welche die Unterstützung durch internationalistische Bewegungen weltweit dringend nötig haben. Denn nicht nur der IS bedroht Rojava. Auch die Türkei, der Iran und das Assad-Regime haben kein Interesse an einer starken kurdischen Bewegung und an alternativen Gesellschaftsentwürfen wie dem „demokratischen Konföderalismus“, die anderen Regionen als Vorbild dienen können.

Neben der Organisation internationaler Solidarität durch Spenden, Öffentlichkeitsarbeit und direkte Unterstützung muss sich unser Kampf auch gegen die Profiteure dieser Entwicklungen vor Ort richten: Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Rüstungsunternehmen und Waffenexporte. Wir müssen die wahren Interessen westlicher (Militär-) Interventionen unter dem humanitären Deckmantel aufdecken und über die geostrategischen Wirtschaftsinteressen dahinter aufklären. Denn auch wenn im Fall der Bombardements des IS durch die US-geführte Allianz die kurdischen Genoss\*innen unterstützt wurden, ist klar, dass der Westen kein Interesse an einer antikapitalistischen Alternative im Nahen Osten hat. Unser Kampf muss sich gegen Krieg und Militarismus richten und mit fortschrittlichen Bewegungen hier und weltweit solidarisch sein. Diese Kämpfe sind eine Einheit und müssen auch so geführt werden. «



Die Kampagne „Solidarität mit Rojava“ der Interventionistischen Linken (IL) und des Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) unterstützt die demokratische Selbstverwaltung in Rojava durch Spenden für die Selbstverteidigungseinheiten YPG und YPJ. Solidarität muss praktisch werden! Spendet für Rojava!

Bei Fragen rund um den Spendenvorgang: [spenden@rojava-solidaritaet.net](mailto:spenden@rojava-solidaritaet.net)

Spendenkonto  
Initiative Rojava  
IBAN: DE30 5905 0101 0610 5088 48  
BIC: SAKS DE 55

# Europa rückt nach rechts!

Mit ihrer Positionierung gegen den Euro und die EU erzielen rechte Parteien in Europa aktuell immer höhere Wahlergebnisse. Ihre Politik liefert verkürzte Antworten auf bestehende soziale Fragen wie die Prekarisierung in Arbeitsverhältnissen und greift die Unsicherheit auf, die die europäische Krisenpolitik hinterlässt. Parteien wie der französische „Front National“ (FN), die österreichische FPÖ oder die britische UKIP nutzen die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen aus, um als scheinbaren Ausweg aus der Krise ihre rassistische und reaktionäre Hetze zu präsentieren. Sie inszenieren sich als Vertreter von ‚Bürgerinteressen‘ gegen das Establishment und suchen doch nur Sündenböcke für die tiefe Krise des Kapitalismus.

## Die deutsche Rechte ist im Aufwind!

Spätestens seit der SPD-Politiker Thilo Sarrazin mit seinen rassistischen Thesen auf den Bestsellerlisten des Landes landen konnte, ist klar: Auch in der BRD verschiebt sich die politische Debatte nach rechts. Das Erstarken der selbsternannten „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat das politische Koordinatensystem in der BRD nachhaltig verändert. Ihr Programm richtet sich dabei gegen alle, die nicht, nationalen Interessen‘ und Verwertungslogik dienen. So stehen ‚Armutseinwanderer‘, ‚Homolobby‘, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose und ‚Pleitegriechen‘ in der reaktionären Schusslinie. Mehr oder weniger subtil schürt die AfD die Angst vor sozialem Abstieg und dem Abrutschen in die Armut. Gleichzeitig macht die mediale Präsenz der AfD rassistische und reaktionäre Positionen anschlussfähig an den gesellschaftlichen Diskurs.

Abseits des Parteienspektrums formierte sich mit den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) und deren Ablegern vorübergehend eine rassistische Massenbewegung auf den Straßen der BRD. Diese war nicht, wie in ihrer Selbstdarstellung, das Produkt von harmlosen und besorgt demonstrierenden ‚Bürgern‘, sondern eine ganz konkrete Bedrohung für Migrant\*innen, Homo- und Transsexuelle und alle anderen, die nicht ins Weltbild der ‚besorgten Bürger‘ passen.

## Heilbronn: Tummelplatz für RechtspopulistInnen und Nazis



Demonstration von PEGIDA in Dresden

Während das ‚Pegida‘-Phänomen - abgesehen von einem ‚Facebook‘-Auftritt - an Heilbronn weitgehend unbemerkt vorübergezogen ist, tummeln sich in der Stadt gleich mehrere rechtspopulistische Akteure, die in Konkurrenz zueinander auftreten. Die „AfD“, mit zwei Sitzen im Gemeinderat und mit drei Mandaten im Kreisrat vertreten, betreibt vermeintlich seriöse Realpolitik - kombiniert mit sexistischer und rassistischer Propaganda. In Konkurrenz dazu steht die zur Zeit wenig bewegte ‚Bürgerbewegung‘ ‚Pro Heilbronn‘ um den Böckinger Gärtnermeister Alfred Dagenbach. Sie ist mit nur noch einem Sitz im Gemeinderat vertreten und verliert ihre Zielgruppe und WählerInnenstimmen stetig an die nach außen hin attraktiver auftretende ‚AfD‘. In der Vergangenheit zeigte der ‚Pro Deutschland‘-Ableger deutlich seinen rassistischen Charakter: in einem Kampagnenauftritt zur Verhinderung eines Moscheebaus wurde die Moschee als ‚provokant‘ bezeichnet und Menschen muslimischen Glaubens pauschal als integrationsunwillig in die ‚deutsche Wertegesellschaft‘ dargestellt.

Auch der bundesweit bekannte, selbsternannte ‚Islamkritiker‘ Karl Michael Merkle alias Michael Mannheimer verbreitet seine rassistische und islamophobe Hetze von seinem

Wohnort Heilbronn aus über seinen Internetblog.

Währenddessen tritt anlässlich der geplanten Unterbringung von 90 Geflüchteten aus den Krisengebieten dieser Welt in der Heilbronner Nordstadt ein alter Bekannter wieder auf den Plan. Der Neonaziaktivist und Steuerberater Michael Dangel gründete im März dieses Jahres die „Bürgerinitiative Nordstadt“ und hetzt in einem Flugblatt rassistisch gegen die Flüchtlingsunterbringung. Dangel ist seit den 1990er Jahren in der rechten Szene aktiv und hatte auch Kontakte ins Umfeld der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU).

## Internationale Solidarität gegen reaktionäre Hetze!

Die Rechte kennt nur soziale Spaltung, aber keinen Ausweg aus der Krise. Diese Krise wird im bestehenden kapitalistischen System nicht die letzte sein. Wie kann eine Antwort von links auf die Auswirkungen der herrschenden Krisenpolitik und die Propaganda von Rechts sein?

Die rassistische Spaltung trifft diejenigen, die eigentlich im Kampf gegen ihre Ausplünderung durch die europäischen Eliten zusammen stehen müssten. Sei es durch die Hetze gegen die angeblich „faulen Griechen“ oder durch das Schüren von Ängsten vor der angeblichen „Islamisierung des Abendlandes“: Die Reaktionäre spielen denjenigen in die Hände, die die Krisenlasten gerne auf die Schultern der Bevölkerung abladen möchten. Ihre Propaganda steht damit in einer Reihe mit anderen Mitteln im Klassenkampf, der von oben schon seit Jahren immer offensiver geführt wird. Sie ist Teil einer Reihe von Angriffen auf die Rechte der Lohnabhängigen, Teil der Austeritätspolitik, die Millionen von Menschen im Süden Europas aber auch in Deutschland in ein Leben in Armut und Elend zwingt und Teil eines reaktionären Rollbacks, eines Generalangriffs auf

die Rechte von Frauen, Homosexuellen und Migrant\*innen

Für uns als gesellschaftliche Linke gilt es, diesen Angriffen von oben einen breiten, internationalen und antikapitalistischen Widerstand von unten entgegenzusetzen. Im gemeinsamen Kampf um unsere Rechte und für eine Welt der Solidarität, in der ein gutes Leben nicht nur für eine kleine Minderheit möglich ist, weisen wir die reaktionäre Hetze zurück. Transnationale Netzwerke wie das Blockupy Bündnis können dabei zu Akteur\*innen einer gelebten, internationalen Klassensolidarität von unten werden.

Auch in den Kämpfen der Geflüchteten um ihre Rechte, die die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Jahren immer wieder in Aufruhr versetzten, zeigt sich für uns: Nicht die Opfer der rassistischen Mobilisierungen sind die Verantwortlichen für die Kriege und Verwüstungen, vor denen sie fliehen - sie sind hier, weil ihre Länder von denjenigen zerstört werden, die in Griechenland Krankenhäuser schließen lassen und in Deutschland dafür sorgen, dass immer mehr Menschen einen befristeten oder prekären Job haben.

Ergänzend zu unseren Kämpfen für eine solidarische Gesellschaft müssen wir den Kampf gegen RassistenInnen und andere Reaktionäre konsequent führen. Dies erfordert auch in Heilbronn eine breit gefächerte Bündnisarbeit, die es vermag, möglichst viele Menschen in antifaschistische und antirassistische Politik einzubinden. RechtspopulistInnen müssen demaskiert werden und durch Aufklärungsarbeit muss ihnen der Boden für ihre reaktionäre Politik entzogen werden. Denn wer seinen Nachbarn erschlägt, kann nicht gemeinsam mit ihm kämpfen! «

## Flüchtlinge als Zielscheibe

Die zerstörerische Politik der imperialistischen Staaten hat fatale Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Millionen Menschen, vor allem im globalen Süden. Armut, Krieg und Perspektivlosigkeit zwingen weltweit eine stetig wachsende Zahl von Menschen zur Flucht. Währenddessen riegelt die Europäische Union ihre Grenzen hermetisch ab und zwingt tausende von Flüchtlingen auf den oft todbringenden Seeweg über das Mittelmeer auszuweichen. Die Flüchtenden, die es trotz aller Widrigkeiten schaffen, das europäische Festland zu erreichen, sind neben Schikanen von Seiten der Behörden immer wieder auch rassistischer Hetze ausgesetzt. In den vergangenen Jahren machte an vielen Orten der BRD eine Mischung aus rassistischen Bürger\*innen und offenen Faschisten gegen Asylbewerber\*innenheime mobil. Auch die reaktionäre „PEGIDA“-Massenbewegung positionierte sich neben ihrer Hetze gegen Menschen muslimischen Glaubens gegen „Asylmissbrauch“ und macht damit Flüchtlinge zur Zielscheibe ihrer populistischen Propaganda - mit gravierenden Auswirkungen: In der rassistisch aufgeladenen Stimmung verdoppelte sich die Anzahl von Angriffen auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte auf beinahe 80 innerhalb von 3 Monaten.

Im März dieses Jahres versuchte auch der Heilbronner Steuerberater und Nazi-Aktivist Michael Dangel die öffentliche, teils rassistisch geführte Debatte um die geplante Flüchtlingsunterbringung in der Heilbronner Nordstadt für seine Propaganda zu nutzen. Er verteilt unter anderem Flugblätter im Viertel, in denen er behauptet, die Flüchtlinge senkten den Wert des Wohneigentums und führten zu einem Anstieg der Kriminalität in der Gegend. Zudem versuchte er eine Informationsveranstaltung der Stadt Heilbronn zur Thematik als Plattform zu nutzen. Diese Versuche konnten allerdings durch engagierte Antifaschist\*innen vorerst unterbunden werden. Die Aktivist\*innen klärten mit Flugblättern über den umtriebigen Naziaktivisten Dangel auf, welcher unter anderem über direkte Kontakte ins Umfeld der Naziterrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) verfügte.

## Wo G7 anfängt, hört der Spaß auf.

Mit vollmundigen Versprechen und Erklärungen, die nicht das Papier wert sind auf dem sie geschrieben wurden, versucht die Gruppe der sieben führenden Industriestaaten (Deutschland, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und den USA) sich als Problemlöser für die ganze Welt zu inszenieren. Mit Themen, die von Außenpolitik über Ebola bis hin zu Frauenrechten und „Energieversorgungssicherheit“ reichen, wird der Eindruck einer herrschenden Klasse gezeichnet, welche sich um die Missstände kümmert und die Welt ein bisschen besser machen möchte. Das Gegenteil ist der Fall.

### Der exklusive Club...

Gegründet als ‚informelles Forum‘ in Reaktion auf die Weltwährungskrise 1975 entwickelten sich die Treffen schnell zu dem Wegbereiter für eine neoliberale Umgestaltung

der Wirtschaftspolitik auf allen Ebenen. Ohne jede demokratische Legitimation wurden sie zu einem zentralen Ort, an dem gemeinsame Handlungslinien zur Sicherung der hegemonialen Vormachtsstellung erarbeitet werden konnten. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion festigte sich diese Vormachtsstellung weiter und die Kapitalinteressen der Mitgliedsstaaten erreichten auf globaler Ebene einen neuen Grad der Entfaltung. Seit ihrer Gründung hat sich die Gruppe immer wieder neu zusammen gesetzt und den jeweils aktuellen Gegebenheiten angepasst.

1998 aufgenommen, wurde Russland im Zuge der Ukraine-Krise 2014 wieder aus dem „exklusiven Club“ ausgeschlossen. Nicht die häufig betonte „völkerrechtswidrige Annexion“ der Krim war die Ursache, sondern – das wurde schon zu Beginn der Maidan-Proteste

## Care Revolution

Solidarische Alternativen zur Krise der sozialen Reproduktion entwickeln!

Care-Arbeit heißt Sorgearbeit. Sie ist „eine Bedingung menschlicher Existenz und Voraussetzung für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens“. Sie setzt sich aus den verschiedenen Feldern sozialer Reproduktion – Gesundheit, Pflege, Assistenz, Erziehung, Bildung, Wohnen, Haushalts- und Sexarbeit zusammen.

Sorgearbeit kann auf verschiedene Arten geleistet werden, zum Beispiel als Erwerbsarbeit. Hier steht sie unter der kapitalistischen Profitlogik: Alles geschieht unter Zeitdruck, die sowieso schon niedrigen Löhne in Sorgeberufen werden immer weiter gedrückt und es bleibt nichts, um sich materiell abzusichern. Zum anderen und größten Teil wird Care-Arbeit jedoch, gesellschaftlich unsichtbar, als unbezahlte Reproduktionsarbeit verrichtet. Sie wird durch eine mangelhafte öffentliche Versorgung in die Haushalte verlagert, wodurch dort eine Doppel- oder Dreifachbelastung entsteht. Die patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft bewirken, dass Sorgearbeit, egal ob bezahlt oder unbezahlt, hauptsächlich von Frauen verrichtet wird, da diese „frauentypischen Arbeiten“ ihnen angeblich „natürlich von der Hand“ gehen würden. Erlernete Fachkompetenzen werden abgewertet und oftmals als Selbstverständlichkeit angesehen.

Daher ist es wichtig sowohl gegen die Ökonomisierung der Care-Arbeit als auch gegen ihre Zurückdrängung ins Unsichtbar-Private zu kämpfen. Sorgearbeit muss zentraler Gegenstand politischer Aushandlungen werden, denn versorgt zu werden ist ein Grundrecht. Dieses zu befriedigen liegt in gesellschaftlicher Verantwortung, ist keinesfalls „Frauensache“ und darf nicht unzureichend und unter prekären Arbeitsbedingungen geleistet werden.

Auf gemeinsamen Aktionskonferenzen und in regionalen Vernetzungen zum Beispiel des „Care Revolution Netzwerks“, sollen Ideen für Modelle sozialer Infrastrukturen vor Ort entstehen. Sie sollen den gesellschaftlichen Reichtum in demokratischen Verfahren so einsetzen, dass die Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen und Individuen im Mittelpunkt stehen. Denn: Die Krise, auch im Bereich der Care-Arbeit, hat System. Nur gemeinsam kann eine solidarische Gesellschaft, frei von Ausbeutung, prekären Arbeitsverhältnissen und Patriarchat erkämpft und ein gutes Leben für alle erreicht werden. «

klar – unterschiedliche geopolitische Interessen. Ein Teil der damaligen G8, hauptsächlich Deutschland und die USA, nutzten die angespannte Situation in der Ukraine um den eigenen Einflussbereich auszuweiten. Durch die direkte Unterstützung von Parteien wie der Allukrainischen Vereinigung „Vaterland“ um Julija Tymoschenko und „UDAR“ von Vitali Klitschko und mit Hilfe nationalistischer und faschistischer Kräfte ist es ihnen gelungen im Westen der Ukraine eine von ihnen beeinflusste Regierung um den Oligarchen Petro Poroschenko an die Macht zu bringen. Der Krieg, der jetzt in der Ukraine tobt, kann als ein eiskalt eingeleitetes Risiko betrachtet werden. Wie auch viele andere Regionen auf der Welt zeigen, setzt die „Gruppe der Sieben“ (G7) ihre

Interessen mit allen Mitteln durch - auch mit Militärgewalt.

### ...und die Aufteilung der Welt

Standen die G7 vor 20 Jahren noch als fester hegemonialer Block da, bekommen sie heute zunehmend Konkurrenz durch neue Konstellationen wie z.B. die BRICS-Staaten bestehend aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Um ihre Stellung auch in Zukunft zu sichern, werden daher Maßnahmen ergriffen, mit denen auf die veränderte Situation reagiert wird. Die derzeit auf dem Verhandlungstisch liegenden Freihandelsabkommen TTIP und CETA zeigen in welche Richtung der neoliberale Kurs in Zukunft gehen wird: Weiterer Abbau von Arbeitnehmer\*innenrechten, Senkung von Umwelt- und Gesundheitsstandards und dazu ein Investitionsschutz für Unternehmen. Anders als in einer Rede von Angela Merkel vor Gewerkschafter\*innen verkündet, werden nicht die Lebensbedingungen der Menschen und der Schutz der Umwelt verbessert, sondern die Rahmenbedingungen für die Ausbeutung des „Humankapitals“ und der natürlichen

Ressourcen. Da dies nicht einmal hinter rosigen Phrasen versteckt werden kann, finden die Verhandlung für die Freihandelsabkommen hinter verschlossenen Türen statt. Trotz der Desinformation formiert sich in vielen Ländern Protest gegen die neoliberalen Umgestaltungspläne, denn ihre Folgen sind drastisch und zeigen sich an etlichen Beispielen in den Ländern des globalen Südens. Durch die Ausbeutung der Ressourcen und die Unterdrückung jeglicher Entwicklung steckt das Leben vieler Menschen in einer aussichtslosen Situation. Kriege, Hunger, Naturkatastrophen und Perspektivlosigkeit bringen jeden Tag tausende Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen, um in den reichen Ländern eine Zuflucht zu suchen. Statt diesen Menschen zu helfen und sie aufzunehmen werden mit viel Geld die Außengrenzen hochgerüstet und der Reichtum, der auf Kosten eines Großteil der Menschheit erwirtschaftet wird, abgesichert. Zehntausende sind dieser Abschottungspolitik bereits zum Opfer gefallen und auf unmenschliche Weise an den Grenzen Europas und der USA gestorben. Wenn dann in den „informellen“ Gesprächen am

Kamin über Entwicklungshilfe und „Reformen in Afrika“ gesprochen wird, kann man sich mit einem Blick auf die Realität sehr gut vorstellen, in welcher Form dies geschieht.

Es ließen sich noch etliche Beispiele für die skrupellosen Machenschaften der G7-Staaten aufzählen, dabei wird eines jedesmal deutlich: Entgegen ihrer Selbstinszenierung stehen sie nicht für Frieden und Freiheit, sondern für Krieg zur Sicherung eigener Wirtschaftsinteressen, Profitmaximierung auf Kosten der Menschen und der Umwelt, Privatisierung öffentlichen Eigentums, Sozialabbau zu Lasten großer Teile der Bevölkerung und rassistische Abschottung gegen flüchtende Menschen. Sie stehen dabei symbolisch für die Auswirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Nicht der Wohlstand der gesamten Bevölkerung soll erreicht werden, sondern die Mehrung des Kapitals einer kleinen Klasse von Besitzenden. Der Widerstand gegen die G7 muss daher auch immer ein Widerstand gegen das Wirtschaftssystem sein, welches diese Politik erst ermöglicht. «

## Der Berg ruft!

- Gemeinsam mit vielen unterschiedlichen Initiativen und Gruppen rufen wir dazu auf gegen das G7-Gipfeltreffen vom 7.-8. Juni 2015 im Schloss Elmau in Bayern zu protestieren. Soziale Gerechtigkeit und Frieden sind nicht das Interesse der Herrschenden, sondern können nur kollektiv von unten erkämpft werden. Im Vorfeld des Gipfels findet ein Gegengipfel in München und eine Großdemonstration in Garmisch-Partenkirchen statt. Außerdem wird es Aktionen rund um den G7-Gipfel geben.
- Achtet auf Ankündigungen und beteiligt euch an der Mobilisierung zu den Protesten. Mehr Infos unter [www.ol-hn.org](http://www.ol-hn.org)

## Soziales Zentrum Käthe

Das Soziale Zentrum Käthe ist ein selbstveraltetes Zentrum für linke Politik, Kultur und kollektives Wohnen, welches Räumlichkeiten und Infrastruktur für verschiedene Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen zur Verfügung stellt. Das Haus ist finanziell und organisatorisch unabhängig von staatlichen Institutionen und Parteien und wird ausschließlich von denen verwaltet, die es nutzen, weiterentwickeln und mit Leben füllen. Möglichst viele Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich an der Gestaltung und den Aktivitäten im Zentrum zu beteiligen und sich einzubringen. Deshalb wird Wert auf eine solidarische und respektvolle Atmosphäre, kollektive und transparente Diskussionsprozesse und einen offenen Umgang mit Kritik und Widersprüchen gelegt.

Kontakt: [kontakt@sz-kaethe.org](mailto:kontakt@sz-kaethe.org) [www.sz-kaethe.org](http://www.sz-kaethe.org)

### « Regelmäßige Termine im Sozialen Zentrum Käthe

#### Frauencafé

#### Jeden ersten Montag im Monat

Wenn Du Lust hast Dich bei einer Tasse Tee oder Kaffee über aktuelles frauenpolitisches Geschehen und Feminismus auszutauschen, oder Du über (Alltags-) Sexismus und was dagegen zu tun ist diskutieren willst, dann ist das Frauencafé Heilbronn genau der richtige Ort für Dich. Wir laden dich, egal welchem Geschlecht Du Dich zuordnest, herzlich ein, Dich zu informieren, zu vernetzen und Dich einzubringen. Wir freuen uns auf Dich!

Jeden ersten Montag im Monat um 18.00 Uhr.

Kontakt: [linke-frauengrupphn@riseup.net](mailto:linke-frauengrupphn@riseup.net)

#### Offenes Antifaschistisches Treffen (OAT) Jeden zweiten Dienstag im Monat

Das OAT ist eine Plattform für alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, um sich zu informieren, sich mit anderen Antifaschist\*innen zu vernetzen und/oder selbst aktiv zu werden. Bei unseren monatlichen Treffen tauschen wir die neusten Informationen über reaktionäre, rassistische, faschistische Bewegungen und Aktivitäten in Heilbronn und darüber hinaus aus, bilden uns selbst und einander weiter und planen gemeinsam Aktionen und Fahrten zu Demonstrationen. Unser offenes Treffen findet immer am zweiten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr.

Kontakt: [oat-hn@riseup.net](mailto:oat-hn@riseup.net) [www.oat-hn.tk](http://www.oat-hn.tk)

### « Kommende Termine

#### 1. Mai Demonstration

10.30 Uhr | Busbahnhof Karlstraße | Antikapitalistischer Block

Gegen ihre Krisen: Widerstand von unten aufbauen! Kapitalismus überwinden! Beteiligt euch am antikapitalistischen Block auf der 1. Mai Demonstration der Gewerkschaften in Heilbronn!

#### 1. Mai-Fest

ab 13:00 Uhr | Soziales Zentrum Käthe | Wollhausstr. 49

Im Anschluss an die Heilbronner Gewerkschaftsdemonstration findet ab 13.00 Uhr im Sozialen Zentrum Käthe in der Wollhausstraße 49 ein großes und buntes 1.Mai-Fest statt. Abends geht es dann ab 21.00 Uhr mit der 1.Mai-Party weiter. Mehr Infos unter [www.sz-kaethe.org](http://www.sz-kaethe.org)

#### Gemeinsam gegen reaktionäre Hetze!

Freitag, 8. Mai | 18:00 Uhr | Innenstadt Heilbronn

Am 70. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus plant der Kreisverband Heilbronn der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine Vortragsveranstaltung im Heilbronner Ratskeller. Reden soll ausgerechnet der AfD-Rechtsaußen Alexander Gauland. Wir rufen dazu auf, sich an den Protesten gegen die reaktionäre Veranstaltung zu beteiligen. Genauere Informationen folgen und werden unter [www.ol-hn.org](http://www.ol-hn.org) veröffentlicht.

Im Anschluss daran findet im „Sozialen Zentrum Käthe“ ein Sektempfang mit Bildern der Befreiung statt, organisiert vom „Offenen Antifaschistischen Treffen“ (OAT) Heilbronn.

#### Offenes Treffen der Roten Hilfe Heilbronn Jeden ersten Dienstag im Monat

Die Rote Hilfe e.V. ist eine bundesweite Organisation welche sich aus Einzelmitgliedern und Ortsgruppen zusammen setzt. Die Heilbronner Ortsgruppe gibt es bereits seit 1989, in dieser Zeit hat sie viele Aktivistinnen und Aktivisten vor Ort unterstützt und ihre Solidarität praktisch werden lassen. Durch die Arbeit der Roten Hilfe können alle, die sich an politischen Aktivitäten beteiligen, das in dem Bewusstsein tun, dass sie auch hinterher, wenn sie Strafverfahren bekommen, nicht alleine dastehen. Offenes Treffen: Jeden ersten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr.

Kontakt: [heilbronn@rote-hilfe.de](mailto:heilbronn@rote-hilfe.de) [www.heilbronn.rote-hilfe.de](http://www.heilbronn.rote-hilfe.de)

#### Arbeitskreis Internationale Solidarität Heilbronn (AKISHN)

#### Jeden Dritten Donnerstag im Monat

Der Arbeitskreis ist ein offenes Treffen für alle, die sich gegen Krieg und Militär, gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen einsetzen wollen. Wir beschäftigen uns mit Themen internationaler Politik und solidarisieren uns mit fortschrittlichen Bewegungen! Der Arbeitskreis Internationale Solidarität Heilbronn (AKISHN) trifft sich jeden dritten Donnerstag im Monat um 19.00 Uhr.

Kontakt: [akis-hn@riseup.net](mailto:akis-hn@riseup.net) [www.akishn.blogspot.de](http://www.akishn.blogspot.de)

#### Venezuela - Sozialismus des 21. Jahrhunderts? Ein politischer Reisebericht

Freitag, 15. Mai | 19:00 Uhr | Soziales Zentrum Käthe | Wollhausstr. 49

Im September letzten Jahres organisierte der Verein Interbrigadas e.V. eine internationale Solidaritätsbrigade nach Venezuela. Die Brigade „Argelia Laya“ arbeitete in einem selbstverwalteten Kulturzentrum „La nueva casika“ und besuchte verschiedene Projekte und Gruppen, um langfristige Kooperationspartner zu finden. Unter anderem nahm auch ein Aktivist aus Heilbronn an dieser Brigade teil. Durch einen politischen Reisebericht gepaart mit dem Versuch einer politischen Analyse der Verhältnisse Venezuelas in den letzten Jahren möchte er nun einen Einblick in die Brigade und die Entwicklungen der venezolanischen Gesellschaft bieten. Dabei wird es sowohl um die staatlichen Armutsbekämpfungsprogramme „misiones“, die Rolle der sozialen Bewegungen und die Ausschreitungen und Unruhen des letzten Jahres gehen. Auch für Fragen und Diskussionen ist natürlich Platz.

Mehr Informationen unter: [www.sz-kaethe.org](http://www.sz-kaethe.org)

#### G7-Gipfel 2015

3-8. Juni 2015 | Aktionswoche gegen den G7-Gipfel

Am ersten Juni-Wochenende findet in Elmau bei Garmisch-Partenkirchen der G7-Gipfel statt. Aus Heilbronn mobilisiert ein Bündnis zum Gegengipfel am 3-4. Juni, der Großdemonstration am Samstag, dem 06. Juni und zu den Blockadeaktionen am 7-8. Juni. Im Vorfeld wird es verschiedene Veranstaltungen in Heilbronn geben, achtet auf Ankündigungen. Aktuelle Informationen unter: [www.ol-hn.org](http://www.ol-hn.org)



Das Soziale Zentrum Käthe in der Wollhausstraße 49

## ORGANISIERTE LINKE HEILBRONN (OL)

Die „Organisierte Linke Heilbronn“ (OL) ist das Ergebnis eines seit Ende 2012 andauernden Diskussionsprozesses von Aktivistinnen und Aktivisten in Heilbronn. Beteiligt ist daran die 2009 gegründete Gruppe „Revolutionäre Linke Heilbronn“ (RLHN) und mehrere Menschen, die bisher in antifaschistischen und internationalistisch/antimilitaristischen Teilbereichsgruppen engagiert waren bzw. sind.

Wir wollen gemeinsam am Aufbauprozess einer starken außerparlamentarischen Linken arbeiten, die fortschrittliche Bewegungen gegen Faschismus, Krieg und Kapitalismus mit gestaltet und für eine Perspektive jenseits der bestehenden Gesellschaft steht. Neben aktivistischen Zusammenhängen und offenen Strukturen braucht eine solche Linke auch eine feste und verbindliche Organisation, die Kontinuität sicherstellt, an der Weiterentwicklung linker Theorie arbeitet und Strategien und Konzepte entwickeln kann.

Um Sektiererei, Fehleinschätzungen und Alleinvertretungsansprüche zu vermeiden, ist es wichtig, sich beständig mit anderen Akteuren in Bewegungen und Kämpfen auszutauschen. Wir legen deshalb Wert auf die Verankerung unserer Mitglieder in der Praxis und die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen in Bündnissen und Zusammenschlüssen.

Kontakt: [ol-hn@riseup.net](mailto:ol-hn@riseup.net) [www.ol-hn.org](http://www.ol-hn.org)